



Gemeinde Maisprach

Polizeireglement

vom

19. November 2004

Inhaltsverzeichnis

A.	ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN	1
§ 1	Ziel	1
§ 2	Geltungsbereich.....	1
§ 3	Zuständigkeit	1
B.	ORDNUNG UND SICHERHEIT	1
§ 4	Grundsatz	1
§ 5	Nachtruhe, Haus- und Gartenarbeiten, Apparate und Musikinstrumente	1
§ 6	Sirenen, Signalgeräte, Rufanlagen.....	2
§ 7	Modellflug- und Modellfahrzeuge	2
§ 8	Lautsprecher im Freien.....	2
§ 9	Spiel- und Sportplätze	2
§ 10	Feuerwerk, Schiessen.....	2
§ 11	Kirchenglocken	2
§ 12	Oeffentliches Aergernis	2
§ 13	Tierhaltung	2
§ 14	Pflanzenkrankheiten und Schädlinge	2
C.	ALLMEND-, FLUR- UND WALDPOLIZEI, VERKEHR.....	3
§ 15	Allgemeines.....	3
§ 16	Schneeräumung	3
§ 17	Ueberhängende Aeste.....	3
§ 18	Beanspruchung der Allmend	3
§ 19	Landwirtschaftliche Arbeiten.....	3
§ 20	Umzüge, Demonstrationen.....	3
§ 21	Fahrverbot	3
§ 22	Camping, Campingplätze	3
§ 23	Fahrende.....	4
D.	REKLAMEWESEN	4
§ 24	Bewilligung	4
E.	FASNACHTSORDNUNG.....	4
§ 25	Geltende Fasnachtstage, Fasnachtsbetrieb	4
F.	ORGANISATION UND AUFGABEN DER GEMEINDEPOLIZEI	4
§ 26	Pflichtenheft	4
G.	VERFAHRENS- UND STRAFBESTIMMUNGEN	4
§ 27	Bewilligungskompetenz	4
§ 28	Bewilligungsgebühr	4
§ 29	Strafmass	4
§ 30	Strafbarkeit.....	5
§ 31	Verfahren bei Uebertretungen.....	5
§ 32	Rechtsmittel.....	5
§ 33	Bussengelder	5
H.	SCHLUSSBESTIMMUNGEN	5
§ 34	Aufhebung bisheriges Reglement	5
§ 35	Inkrafttreten.....	5

Polizeireglement der Einwohnergemeinde Maisprach
vom 19. November 2004.

Die Einwohnergemeindeversammlung von Maisprach erlässt, gestützt auf die einschlägigen Bestimmungen des Gemeindegesetzes vom 28. Mai 1970 folgendes Reglement:

A. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

§1 Ziel

Der Gemeinderat und die in seinem Auftrag handelnden polizeilichen Vollzugsorgane sorgen im Rahmen des Gesetzes sowie ihrer Zuständigkeit dafür, dass

- die öffentliche Ordnung und Sicherheit in der Gemeinde nicht gestört wird,
- Personen in ihren Rechten nicht beeinträchtigt werden,
- der Schutz des öffentlichen Eigentums gewahrt bleibt,
- die gesetzlichen Vorschriften eingehalten werden.

§2 Geltungsbereich

Dieses Reglement ordnet unter Vorbehalt des Bundesrechts und des kantonalen Rechts die gemeindepolizeilichen Aufgaben.

§3 Zuständigkeit

Die Handhabung der Gemeindepolizei obliegt dem Gemeinderat, bei Sofortmassnahmen der Gemeindepräsidentin oder dem Gemeindepräsidenten.

B. ORDNUNG UND SICHERHEIT

§4 Grundsatz

Jede Person ist gehalten, die öffentliche Ordnung und Sicherheit nicht zu gefährden und bei allen Tätigkeiten auf Nachbarschaft und Drittpersonen Rücksicht zu nehmen.

§5 Nachtruhe, Haus- und Gartenarbeiten, Apparate und Musikinstrumente

¹Als Nachtruhe gilt die Zeit zwischen 22.00 und 06.00 Uhr.

²Während dieser Zeit sind Betätigungen und private Veranstaltungen, welche Drittpersonen in ihrer Ruhe stören, untersagt.

³Lärmige Haus- und Gartenarbeiten, wie z.B. Rasenmähen, Hämmern, Fräsen, Benützen von Hochdruckreinigern, maschinelles Häckseln etc. sowie die Benützung öffentlicher Abfallsammelstellen sind nur an Werktagen von 08.00 bis 12.00 Uhr und 13.00 bis 20.00 Uhr und am Samstag von 08.00 bis 12.00 Uhr und 13.00 bis 18.00 Uhr, gestattet.

⁴Für Industrie- und Gewerbelärm gelten die Vorschriften des Bundesrechts (Lärmschutzverordnung). Eine Mittagsruhe zwischen 12.00 - 13.00 Uhr ist einzuhalten.

⁵An Sonn- und Feiertagen ist jede Betätigung, die durch Lärm oder auf andere Weise die öffentliche Ruhe stört, verboten (§ 5 Ruhetaggesetz).

⁶Der Gemeinderat kann den Aufenthalt auf den Spiel- und Sportanlagen sowie auf öffentlichen Anlagen zeitlich einschränken, respektive verbieten.

§ 6 Sirenen, Signalgeräte, Rufanlagen

Die Verwendung von Sirenen, Signalgeräten sowie ähnlichen Vorrichtungen ist verboten. Ausgenommen sind fachmännisch installierte Alarmanlagen (Einbruch, Feuer, Diebstahl).

§ 7 Modellflug- und Modellfahrzeuge

Modellflug-, Modellfahrzeuge und dergleichen dürfen nur an Orten in Betrieb gesetzt werden, wo keine Störung oder Gefährdung von Drittpersonen vorliegt.

§ 8 Lautsprecher im Freien

Jegliche Verwendung von Lautsprechern und Tonverstärkern im Freien ist nur mit Bewilligung des Gemeinderates zulässig.

§ 9 Spiel- und Sportplätze

Für die Benützung der Spiel- und Sportanlagen und des Schulareals erlässt der Gemeinderat spezielle Regelungen. Für Turniere, Meisterschaften und in besonderen Fällen können vom Gemeinderat zudem spezielle Vorschriften erlassen werden.

§ 10 Feuerwerk, Schiessen

¹Ausserhalb von traditionellen Anlässen, wie Silvester, Banntag, 1. August, ist es ohne ausdrückliche Bewilligung des Gemeinderates untersagt, Knallkörper und Feuerwerk jeder Art abzubrennen.

²Das Schiessen mit Schusswaffen ist nur an bewilligten Schiessanlässen in Schiessanlagen erlaubt. Ausnahmen können vom Gemeinderat bewilligt werden.

§ 11 Kirchenglocken

¹Mit den Kirchenglocken kann auch während den Ruhezeiten akustisch die Zeit angezeigt werden.

²Die Kirchenglocken können auch während den Ruhezeiten zu traditionellen Zwecken (Neujahr / Bestattungen etc.) geläutet werden.

§ 12 Oeffentliches Aergernis

Jede Person ist verpflichtet, Sitte und Anstand zu wahren. Das Erregen öffentlichen Ärgernisses und grober Unfug ist nach dieser Bestimmung strafbar, sofern nicht andere Straftatbestände des kantonalen oder Bundesrechts erfüllt sind.

§ 13 Tierhaltung

Durch die Tierhaltung darf niemand belästigt werden. Glocken von Nutztieren sind in der Landwirtschaftszone erlaubt. Für die Hundehaltung besteht ein spezielles Reglement.

§ 14 Pflanzenkrankheiten und Schädlinge

Die Liegenschaftseigentümer, Mieter und Pächter sind verpflichtet, bei Auftreten von Pflanzenkrankheiten, Schädlingen, usw. den vom Gemeinderat erlassenen Anordnungen Folge zu leisten.

C. ALLMEND-, FLUR- UND WALDPOLIZEI, VERKEHR

§ 15 Allgemeines

Jede Person ist verpflichtet, zu den Strassen, Plätzen, Wegen, Kulturen, Erholungsgebieten, zur Allmend und zum Wald Sorge zu tragen.

§ 16 Schneeräumung

Besteht die Gefahr, dass Schnee und Eis von Dächern auf öffentliche Strassen oder Wege herunterfallen könnten, so sind vom Hausbesitzer die notwendigen Vorkehrungen zu treffen.

§ 17 Ueberhängende Aeste

¹Ueberhängende Äste und Zweige sind an öffentlichen Strassen und Trottoirs von den Grundstückseigentümerinnen und Grundstückseigentümern so zurückzuschneiden, dass die Verkehrssicherheit und das ungestörte Begehen garantiert sind. Strassenunterhalts- und Wischarbeiten dürfen nicht erschwert sein. Sie sind auf die Parzellengrenze auf eine Höhe von 4.50 Meter über öffentlichen Strassen, bzw. 2.50 Meter über Trottoirs zurückzuschneiden. Insbesondere darf die Wirkung der öffentlichen Beleuchtung sowie die Sicht auf Strassensignale, Strassentafeln und Hausnummern nicht beeinträchtigt sein.

²Der Gemeinderat ist befugt, nach erfolgloser Aufforderung der Eigentümerschaft, die Massnahmen auf deren Kosten vornehmen zu lassen.

§ 18 Beanspruchung der Allmend

Jede über den Gemeingebrauch hinausgehende Benutzung von Allmendgebiet (= öffentlicher Grund, von jedermann betretbar) wie Anlässe, Verkaufsstände, Ausstellungen, Baustelleninstallationen oder dergleichen ist nur mit Bewilligung des Gemeinderates und gegen Gebühr zulässig.

§ 19 Landwirtschaftliche Arbeiten

¹Das Ausführen von Jauche in Siedlungsnähe ist am Samstag und Sonntag verboten.

²Während Bestattungen sind Arbeiten mit Traktoren und anderen Maschinen in Hörweite des Friedhofes zu unterlassen.

§ 20 Umzüge, Demonstrationen

Umzüge und Demonstrationen sind durch den Gemeinderat, in dringenden Fällen durch die Gemeindepräsidentin oder den Gemeindepräsidenten, zu bewilligen. Bietet der Veranstalter keine Gewähr für Sicherheit und Ordnung, so kann die Veranstaltung untersagt oder abgebrochen werden.

§ 21 Fahrverbot

¹Das Befahren von Wiesen und Kulturland mit Fahrzeugen aller Art ist verboten; ausgenommen sind die Fahrzeuge der Landeigentümer und Pächter.

²Für den Wald gelten die Bestimmungen des Waldgesetzes.

§ 22 Camping, Campingplätze

¹Das freie Campieren auf öffentlichem Grund ist untersagt.

²Ausnahmen bewilligt der Gemeinderat.

§ 23 Fahrende

Der Gemeinderat weist Fahrenden ein Aufenthaltsareal zu, sofern ein solches auf dem Gemeindegebiet vorhanden ist. Andere öffentliche Orte dürfen nicht belegt werden.

D. REKLAMEWESEN

§ 24 Bewilligung

¹Das Anschlagen von Plakaten, Flugschriften und Wahlpropaganda, inklusive Hinweistafeln für Direktverkauf, auf öffentlichem Grund ist an den durch den Gemeinderat bezeichneten Stellen und mit dessen Bewilligung gestattet.

²Werbung für Alkohol und Tabakwaren ist auf öffentlichem Grund der Gemeinde nicht gestattet.

³Der Gemeinderat kann einer privaten Firma gegen eine Gebühr eine Konzession für Plakatanschlagstellen auf öffentlichem Grund erteilen.

E. FASNACHTSORDNUNG

§ 25 Geltende Fasnachtstage, Fasnachtsbetrieb

Die öffentlichen Fasnachtsveranstaltungen bleiben auf die Tage der Basler Fasnacht, den vorausgehenden Sonntag und den nachfolgenden Samstag beschränkt. Weitere Veranstaltungen dieser Art bedürfen der Bewilligung.

F. ORGANISATION UND AUFGABEN DER GEMEINDEPOLIZEI

§ 26 Pflichtenheft

Der Gemeinderat kann für die Erfüllung der in 44 ff. des Gemeindegesetzes vom 28.5.1970 aufgeführten Aufgaben eine Gemeindepolizei einsetzen. Der Aufgabenbereich der Gemeindepolizei wird in einem Pflichtenheft festgelegt.

G. VERFAHRENS- UND STRAFBESTIMMUNGEN

§ 27 Bewilligungskompetenz

¹Bewilligungen gemäss diesem Reglement werden, sofern keine andere Zuständigkeit bestimmt ist, vom Gemeinderat erteilt.

²Ausnahmen bewilligt der Gemeinderat.

§ 28 Bewilligungsgebühr

Für die Erteilung von Bewilligungen können Gebühren bis zu CHF 1'000.-- erhoben werden. Der Gemeinderat erlässt einen Gebührentarif.

§ 29 Strafmass

¹Wer gegen Bestimmungen dieses Reglements verstösst, wird, soweit nicht eidgenössisches oder kantonales Recht zur Anwendung gelangt, verwahrt oder mit Geldbussen bis CHF 1'000.-- bestraft.

²Unabhängig von der Strafbarkeit bleibt die Pflicht der Verursacherin oder des Verursachers zur Instandstellung bzw. Wiedergutmachung des angerichteten Schadens bestehen. Ersatzvornahme durch den Gemeinderat und Schadensersatzforderungen bleiben vorbehalten.

§ 30 Strafbarkeit

Strafbar sind natürliche Personen sowie Organe von juristischen Personen für Übertretungen, die ihre Angestellten in Ausführung ihrer Geschäftstätigkeit begangen haben. Strafbar ist auch die fahrlässige Übertretung dieses Reglements.

§ 31 Verfahren bei Uebertretungen

¹Wird jemand wegen der Übertretung eines durch dieses Polizeireglement unter Strafe gestellten Verhaltens verzeigt, so eröffnet ihm dies der Gemeinderat durch eine schriftliche Mitteilung. Gleichzeitig erlässt er eine provisorische Strafverfügung samt Rechtsmittelbelehrung.

²Das Bussenanerkennungsverfahren ist im Gemeindegesetz (§ 81) vom 28. Mai 1970 geregelt.

§ 32 Rechtsmittel

Gegen alle Verfügungen kann innert 10 Tagen, vom Tage der Eröffnung oder der Zustellung der Verfügung an gerechnet, beim Strafgerichtspräsidium in Liestal appelliert werden.

§ 33 Bussengelder

Die Bussengelder fallen der Einwohnerkasse zu.

H. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

§ 34 Aufhebung bisheriges Reglement

Das Polizeireglement der Gemeinde Maisprach vom 22. Mai 1921 wird mit diesem Reglement aufgehoben.

§ 35 Inkrafttreten

Dieses Reglement tritt, nach Genehmigung durch die Justiz-, Polizei- und Militärdirektion, per 1.1.2005 in Kraft.

NAMENS DER EINWOHNERGEMEINDEVERSAMMLUNG

Der Gemeindepräsident:

Der Gemeindevorstand:

Sig. Paul Spänhauer

Sig. Max Schafroth

Beschlossen von der Einwohnergemeindeversammlung am 19. November 2004

Genehmigt durch die Justiz-, Polizei- und Militärdirektion am 07. Januar 2005